



**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 03.05.2011

Niederschrift

über die **15. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 22.02.2011, 16:05 Uhr bis 18:32 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Karl-Jürgen Klipper CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Herr Horst Noack	SPD
Herr Alfred Schultz	SPD
Herr Michael Zimmermann	SPD
Frau Birgit Gordes	CDU
Herr Stefan Götz	CDU
Herr Helmut Jung	CDU
Frau Barbara Moritz	GRÜNE
Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE
Frau Bettina Tull	GRÜNE
Herr Ralph Sterck	FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE
Herr Klaus Hoffmann	Freie Wähler Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen	bis 18.25 Uhr
Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD	
Herr Michael Frenzel	auf Vorschlag der SPD	
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP	
Herr Wolfgang Hornemann	pro Köln	

Herr Günter Leitner	auf Vorschlag der CDU Fraktion	
Herr Christian Möbius	CDU	ab 16.37 Uhr
Herr Lothar Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU	
Herr Horst Thelen	GRÜNE	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Werner Baatz	Seniorenvertretung	
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln	
Frau Marie-Theres Meuter	Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V., Vertretung für Herrn Gülsen	

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Planen und Bauen
Herr Hermann Gellissen	Stadtplanungsamt
Frau Sandra Kißmann	Dezernat Planen und Bauen
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen
Herr Werner Stüttem	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Caroline Wagner	Dezernat Planen und Bauen
Herr Andreas von Wolff	Stadtplanungsamt

Schriftführerin

Frau Marianne Michels	Dezernat Planen und Bauen
-----------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gereon Breuer	pro Köln
--------------------	----------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Ingo Schneemann	auf Vorschlag der FDP
----------------------	-----------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bahri Gülsen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Beh.pol.
-------------------	-----------------------------------------------------

Vorsitzender Klipper eröffnet die 15. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Wahlperiode 2009 bis 2014 und begrüßt die Anwesenden. Anschließend verliest er die Änderungen zur Tagesordnung und fragt, ob hierzu Einwendungen bestehen.

RM Zimmermann macht von Seiten der SPD-Fraktion Beratungsbedarf zu TOP 5.2 – Flächennutzungsplan Köln NordWest -, TOP 10.2 – Pützlachstraße – sowie zu TOP 10.4 – Hugo-Junkers-Straße – geltend.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen meldet RM Moritz Beratungsbedarf zu TOP 10.10 – Elzstraße – und TOP 14.1 – Kölner Stadterweiterung – an.

Beigeordneter Streitberger äußert Bedenken hinsichtlich der Vertagung des TOP`s 10.4 – Hugo-Junkers-Straße-. Er fürchte, dass der Betrieb seinen Standort aufgeben werde sofern eine weitere Zeitverzögerung eintrete. Er habe daher die eindringliche Bitte, dass sofern heute hierüber nicht beraten werde, er eine Dringlichkeitsvorlage vorbereiten könne.

Weitere Änderungswünsche werden nicht gestellt. Somit ergibt sich nachfolgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2 Schriftliche Anfragen

- 2.1 Status des Regionale Projektes Flughafen Butzweiler Hof
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2011
AN/0352/2011

Antwort der Verwaltung
0708/2011

- 2.2 Status des Bebauungskonzeptes ehemaliger Güterbahnhof Mülheim
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.02.2011
AN/0480/2011

3 Anträge

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Regionale 2010

4.2 Umsetzung Masterplan

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Offene Bücherschränke in Köln
2491/2010

5.2 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Köln NordWest
hier: Beschluss zur erneuten Offenlage nach § 4 a Absatz 3 BauGB
3093/2010

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

5.3 Plangenehmigungsverfahren gemäß § 18 b Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i. V. m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG); hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Rückbau der Weiche 30 mit Lückenschluss im Gleis 21 im Bahnhof Köln Kalk-Nord"
5312/2010

5.4 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln
5332/2010

5.5 Plangenehmigungsverfahren gemäß § 18 b Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i. V. m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG); hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Rückbau von Gleisanlagen der Fa. DWK Drahtwerk Köln GmbH"
0091/2011

5.6 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 GO, § 19 Absatz 1 HS
Beschluss über die zukünftige Nutzung der Platzfläche östlich des Höhenberger Rings in Köln-Höhenberg
Arbeitstitel: Höhenberger Ring in Köln-Buchheim
0269/2011

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

6.1 Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 05.07.2010
zur Wirtschaftlichkeit des Godorfer Hafens
3378/2010

6.2 Großmarkt Marsdorf
3493/2010

6.3 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 389 in Köln-Holweide
5192/2010

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

7.1 182. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Widdersdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
3175/2010

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

9.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan
Arbeitstitel: Volkhovener Weg in Köln-Heimersdorf
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Chorweiler zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung; Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
5392/2010

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

10.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 68400/04
Arbeitstitel: "Erweiterung Lindenallee 53" in Köln-Marienburg
3432/2010

10.2 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes in Köln-Flittard, Pützlachstraße
4000/2010

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

10.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 77372/02
Arbeitstitel: Magazinstraße in Köln-Porz-Wahnheide
4238/2010

- 10.4 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 64509/02
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Hugo-Junkers-Straße in Köln-Longerich
4334/2010

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

- 10.5 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Hohenstufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven
4757/2010

- 10.6 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 71470/09
Arbeitstitel: Ackerstraße in Köln-Buchheim
5132/2010

- 10.7 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Hyazinthenweg in Köln-Dellbrück
5459/2010

- 10.8 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Kieskaulerweg in Köln-Merheim
0212/2011

- 10.9 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 58457/02
Arbeitstitel: "Odemshof" in Köln-Lövenich
4154/2010

- 10.10 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 64424/03
Arbeitstitel: Elzstraße in Köln-Sülz
5397/2010

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

13.1 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg" in Köln-Marienburg
3361/2010

13.2 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die 3. Änderung des Bebauungsplanes 58480/03 im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB) Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 3. Änderung "Erste Planungsstufe"
5313/2010

13.3 Beschluss über die Einleitung betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 61520/02
Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch, 1. Änderung
0407/2011

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

14.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 3011 a -ohne Arbeitstitel- und Teilaufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 121 -Arbeitstitel: "Kölner Stadterweiterung"-
- Einleitungsbeschlüsse -
2923/2009

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

15 Sonstige Satzungen

15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld
0071/2011

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

16.1 Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 23.09.2010 zur Umgestaltung des Maternuskirchplatzes in Köln-Neustadt/Süd
0100/2011

17 Mitteilungen

- 17.1 Förderung von Mietwohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010 und Ausblick auf 2011
Förderergebnis Mietwohnungen
0055/2011
- 17.2 Förderung selbstgenutzten Wohneigentums mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010 und Ausblick auf 2011
0159/2011
- 17.3 Penny-Markt Aachener Str. 1153-1161
0257/2011
- 17.4 Städtebauliches Planungskonzept "Hertzstraße" in Köln-Porz
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und weiteres Vorgehen
0275/2011
- 17.5 Sachstandsmitteilung zur Umsetzung des Handlungskonzeptes
Preiswerter Wohnungsbau
0396/2011
- 17.6 Bericht Stadtraummanagement 2010
0088/2011
- 17.7 Umgestaltung Bahnhofsvorplatz Mülheim in Köln-Mülheim im Rahmen des
"Integrierten Handlungskonzeptes MÜLHEIM 2020"
0520/2011
- 17.8 Neue Koordinatorin für Geschäftszentrenförderung und Initiativenmanagement im Amt für Stadtentwicklung und Statistik
0549/2011
- 17.9 Beantwortung einer Nachfrage bezüglich der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln
AN/2014/2010 betreffend "Stand MÜLHEIM 2020" Vorlage Nr. 4702/2010
0503/2011

18 Mündliche Anfragen

19 Gleichstellungsrelevante Themen

II. Nichtöffentlicher Teil

20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

21 Schriftliche Anfragen

22 Anträge

23 Stadtplanung - Projekte

24 Gestaltungsbeirat

25 Sonstige Vorlagen

25.1 Prüfung Festsetzung und Erhebung von Ausgleichsbeträgen bei 15 - Amt für
Stadtentwicklung und Statistik
4787/2010

26 Mitteilungen

27 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Status des Regionale Projektes Flughafen Butzweiler Hof Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2011 AN/0352/2011

und

**Antwort der Verwaltung
0708/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Status des Bebauungskonzeptes ehemaliger Güterbahnhof Mülheim Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.02.2011 AN/0480/2011

Beigeordneter Streitberger trägt die Antwort der Verwaltung vor. Diese wird schriftlich zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 31.03.2011 unter TOP 1.1 eingebracht.

RM Zimmermann bittet darum, die Antwort auch an den Veedelsbeirat weiterzuleiten. Vorsitzender Klipper bittet darum, sofern das aktuelle Ergebnis laute, dass „Wohnen“ nunmehr möglich sei, die Gründe aufzuführen, warum man seinerzeit zu einem anderen Ergebnis gelangt sei.

3 Anträge

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Regionale 2010

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

4.2 Umsetzung Masterplan

Vorsitzender Klipper bittet Herrn Beigeordneten Streitberger um Darstellung des Wettbewerbsergebnisses zu dem Projekt „MesseCity“.

Beigeordneter Streitberger kommt dieser Bitte nach und erläutert das Verfahren mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation.

Vorsitzender Klipper möchte wissen, wann der Bebauungsplan seine Rechtskraft entwickle, welche Wettbewerbe vorgesehen seien und wann letztendlich gebaut werden könne.

RM Sterck fragt nach, ob der Musicalstandort, der als Option ausgeschrieben worden sei, vertraglich gesichert werden könne. Ferner möchte er wissen, ob das Anbieten dieser Option den Ausschlag bei der Bieterauswahl gegeben habe.

Beigeordneter Streitberger beantwortet die gestellten Fragen. Er rechne damit, dass der Bebauungsplan zum Ende des Jahres rechtskräftig werde. Geplant sei eine Mehrfachbeauftragung und er schätze, dass im Anschluss daran, also circa Anfang nächsten Jahres mit den Erschließungsarbeiten begonnen werden könne. Bezüglich des Musicalstandortes werde in Kürze eine Verwaltungsvorlage in die politischen Gremien eingebracht. Es sei aber in der Tat so, dass der Gewinner des Wettbewerbes einen großen Vorteil gegenüber den Mitbewerbern erzielt habe, indem er diese Option mit angeboten habe.

RM Moritz hofft, dass falls der Standort nicht als Musical in Frage komme, die künftige Nutzung dennoch zu einer Belebung des Quartiers beitrage. Sie fragt an, ob für dieses Projekt –ähnlich wie für den Rheinauhafen- eine „regelmäßige Jury“ eingerichtet werde und ob der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages vorgesehen sei.

Frau Müller (Leiterin Stadtplanungsamt) erläutert, dass zur Qualitätssicherung und Beurteilung der Wettbewerbsergebnisse ein heute noch nicht näher zu bestimmendes Gremium eingerichtet werde.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Offene Bücherschränke in Köln 2491/2010

RM Noack begrüßt seitens der SPD-Fraktion die eingebrachte Verwaltungsvorlage. Die Städte Frankfurt und Bonn hätten bereits außerordentlich gute Erfahrungen mit der Aufstellung von Bücherschränken sammeln können. Sie seien von der Bevölkerung sehr gut angenommen worden und in nur einem Fall habe es einen Vandalismusschaden gegeben. Auch entstünden für die Stadt keine Kosten, da sie von Sponsorengeldern, bzw. Bürgerinitiativen finanziert würden. Dies habe zudem den Vorteil, dass wegen der Verantwortlichkeit in privater Trägerschaft eine regelmäßige Kontrolle stattfinde, so dass eventuelle „Negativliteratur“ bisher nicht angetroffen worden sei. Insofern spreche er sich ausdrücklich dafür aus, dieses Projekt auch in Köln einzuführen.

RM Moritz findet die Initiative ebenfalls begrüßenswert. Zur Aussage ihres Vorredners bezüglich einer eventuell anzutreffenden unerwünschten Literatur gebe sie zudem zu bedenken, dass eine „Zensur“ sicher nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen könnte, bzw. diese Befürchtung zu einem Scheitern des Projekts führen dürfe. Im Übrigen sehe der Verwaltungsvorschlag ja vor, die Bücherschränke zunächst nur probeweise in bestimmten Stadtteilen aufzustellen. Auch sie sei davon überzeugt, dass derartige Befürchtungen wegen der sozialen Kontrolle grundlos seien.

Vorsitzender Klipper als Unterstützer eines bereits eingeführten Kölner Pilotprojekts wirbt ebenfalls für die Verwaltungsvorlage. Die hier gemachten Erfahrungen seien durchweg positiv und der Bücherschrank werde von der Bevölkerung sehr begrüßt. Die Schränke dienten zudem dem Zweck, Kinder mehr an das Lesen heranzuführen. Von daher rege er an, insbesondere an Standorten in der Nähe von Grundschulen bestimmte Bereiche, vorzugsweise die unteren Regale, ausschließlich für Kinderbücher vorzuhalten. Wegen der großen, positiven Resonanz spreche seine Fraktion sich für die „große Variante“, also dem Hauptverwaltungsvorschlag aus.

SE Hornemann schließt sich im Grunde den Aussagen seiner Vorredner an, bevorzugt aber Alternative zwei. Wichtig seien regelmäßige Feedbacks um ggf. korrigierend eingreifen zu können.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Klipper den Verweissungsbeschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretungen Innenstadt, Nippes, Rodenkirchen, Lindenthal, Kalk, Ehrenfeld und Mülheim sowie in den Gestaltungsbeirat, den Verkehrsausschuss und in den Ausschuss Kunst und Kultur.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Köln NordWest
hier: Beschluss zur erneuten Offenlage nach § 4 a Absatz 3 BauGB
3093/2010**

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

**5.3 Plangenehmigungsverfahren gemäß § 18 b Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i. V. m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG);
hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Rückbau der Weiche 30 mit Lückenschluss im Gleis 21 im Bahnhof Köln Kalk-Nord"
5312/2010**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die als Anlage 4 beigefügt Stellungnahme zum Antrag der DB Netz AG.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.4 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln 5332/2010

Vorsitzender Klipper gibt bekannt, seine Fraktion habe sich unter Abwägung aller Umstände, insbesondere was den Eingriff in die Grünflächen angehe, darauf geeinigt, die Varianten A oder B zu unterstützen, wobei der Variante B der Vorzug eingeräumt werde. Die Fläche C komme gar nicht in Betracht und eine Bebauung der Fläche D würde einen zu großen Eingriff in den Grüngürtel nach sich ziehen und die Anlage wäre zudem zu nahe an die bestehende Wohnbebauung platziert.

RM Sterck zeigt sich erstaunt über die Ausführungen des Vorsitzenden Klipper, da er aufgrund vorheriger Debatten davon ausgegangen sei, die Variante D sei mehrheitsfähig. Die FDP-Fraktion bevorzuge jedenfalls die Variante auf Fläche D, weil sie seiner Ansicht nach wegen der kurzen Wege am ehesten die Funktionalität einer P&R-Anlage gewährleiste.

RM Tull erinnert daran, dass sich die CDU-Fraktion im Verkehrsausschuss für die Fläche D ausgesprochen habe. Diese Variante werde auch von ihrer Fraktion aus den von Herrn Sterck genannten Gründen bevorzugt. Im Übrigen könne man die Ein- und Ausfahrten so gestalten, dass die Anwohner nicht über Gebühr durch Immissionen belastet würden. Denn anders als von Herrn Klipper ausgeführt, würde die Fläche B den größten Eingriff in den Grünbereich verursachen. Hinzu komme, dass die Wegebeziehungen hier am weitesten wären.

Vorsitzender Klipper klärt auf, man habe sich in der Fraktion und in Abstimmung mit der Bezirksvertretung, welche klar die Varianten A oder B favorisiere, erneut intensiv beraten und sei zu dem eben vorgetragenen Ergebnis gelangt.

SE Beste weist in Bezug auf eine mögliche Realisierung der Anlage auf Fläche D darauf hin, dass sich auf der gegenüberliegenden Seite der Bonner Straße eine denkmalgeschützte Kirche befinde. Dies müsse bei der Gestaltung der Zuwegungen und der Parkanlage berücksichtigt werden.

Ratsmitglied Zimmermann kann ein Plädoyer für die Fläche B aus verkehrlichen Gründen durchaus nachvollziehen. Die Entscheidung müsse aber letztendlich vom zuständigen Fachausschuss getroffen werden, da noch zahlreiche Fragen beantwortet werden müssten. Die SPD-Fraktion tendiere zwar nach ihrer internen Beratung eher zu Variante B als zu D, werde es jedoch akzeptieren, wenn sich der Verkehrsausschuss aus fachlichen Gesichtspunkten für die Variante D entscheide.

RM Moritz fragt an, ob eine Begrünung der Seitenwände vorgesehen sei.

Beigeordneter Streitberger stellt klar, zunächst einmal gehe es ausschließlich um die Standortfrage. Gestalterische Aspekte würden erst im darauf folgenden Schritt aufgegriffen. Selbstverständlich würde die Planung in diesem Ausschuss vorgestellt. Er versichere aber schon jetzt, dass die Gestaltung städtebaulich verträglich ausfallen werde.

Vorsitzender Klipper schlägt vor, die Vorlage ohne Votum zu verweisen und bittet die Verwaltung darum, einen Auszug mit den heute geführten Diskussionsbeiträgen an den Verkehrsausschuss weiterzuleiten. Da er Einvernehmen im Stadtentwicklungsausschuss feststellt, lässt er in dieser Form abstimmen:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.5 Plangenehmigungsverfahren gemäß § 18 b Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i. V. m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG); hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Rückbau von Gleisanlagen der Fa. DWK Drahtwerk Köln GmbH" 0091/2011

Vorsitzender Klipper stellt den geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß Anlage 4 zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Bezirksregierung Köln unter Berücksichtigung der vorbehaltlich seiner Zustimmung fristwährend abgegebenen Stellungnahme (Anlage 3) die Plangenehmigung für das Vorhaben der Fa. DWK Drahtwerk Köln GmbH erteilt hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.6 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 GO, § 19 Absatz 1 HS
Beschluss über die zukünftige Nutzung der Platzfläche östlich des Höhenberger Rings in Köln-Höhenberg
Arbeitstitel: Höhenberger Ring in Köln-Buchheim
0269/2011**

Beigeordneter Streitberger erläutert einleitend, hier gehe es darum, ein unattraktives Grundstück weiterzuentwickeln und einer Bebauung zuzuführen. Die Verwaltung halte das Vorhaben des ADAC an diesem Ort für unterstützenswert. Allerdings sei der Gestaltungsbeirat zu einer anderen Auffassung gelangt. Nunmehr obliege es dem Stadtentwicklungsausschuss, eine Entscheidung über die weitere Vorgehensweise zu treffen.

RM Zimmermann teilt die Ansicht des Gestaltungsbeirates, dass es sich hier um den Eingangsbereich zur Merheimer Heide handele und die natürliche Siedlungsgrenze die Frankfurter Straße darstelle. Auf der anderen Seite sehe auch er dringenden Handlungsbedarf, das in Rede stehende Grundstück zu attraktivieren. Er empfehle, die Vorlage zunächst in die Bezirksvertretung Kalk zu verweisen und deren Votum einzuholen.

RM Sterck unterstützt den Verweisungsantrag. Er macht jedoch deutlich, dass er eine Servicestation des ADAC grundsätzlich begrüße. Allerdings halte er einen Standort weiter nördlich der Frankfurter Straße im Bereich des TÜV oder in der Nähe des Bau-

hofes für wesentlich verträglicher. Er bedaure, dass die Verwaltung die Offerte an den ADAC nicht im Vorfeld mit den politischen Gremien abgesprochen habe.

SE Hornemann möchte wissen, wann der ADAC seinen Standort auf dem Gelände des TÜV aufgeben müsse, ob es Alternativen gebe und ob die Nutzungszeit für das angedachte Grundstück in Höhenberg begrenzt sei.

Beigeordneter Streitberger antwortet, es gebe lediglich den geäußerten Wunsch des ADAC sich zu verbessern, bzw. zu vergrößern. Insofern sei ihm ein möglicher zeitlicher Druck nicht bekannt. Aktuell gebe es keine Alternativen zu dem angebotenen Standort; diese müssten gegebenenfalls noch geprüft werden. Eine zeitliche Nutzungsbeschränkung für das Grundstück in Höhenberg gebe es nicht, weil es sich um einen Verkauf handele.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Kalk mit anschließender Wiedervorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Kalk und bittet um Wiedervorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

6.1 Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 05.07.2010 zur Wirtschaftlichkeit des Godorfer Hafens 3378/2010

RM Moritz vertritt die Ansicht, die von der Bezirksvertretung Rodenkirchen gestellten Fragen sollten vom Aufsichtsrat der HGK beantwortet werden. Daher spreche sie sich für die Alternative in der Verwaltungsvorlage aus.

Vorsitzender Klipper spricht sich dagegen aus. Schließlich würden diese Fragen in Zusammenhang mit den anderen Problematiken noch im Rat behandelt.

RM Zimmermann schließt sich der Aussage des Vorsitzenden Klipper an. Im Übrigen seien die gestellten Fragen durch die Verwaltung bereits umfassend beantwortet worden.

RM Sterck bevorzugt ebenso wie Frau Moritz eine Beschlussfassung über die Alternative, um der Bezirksvertretung Rodenkirchen ihr Recht auf umfassende Information zu sichern.

Vorsitzender Klipper stellt den Hauptvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 05.07.2010 und die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Die Stellungnahme der Verwaltung ist der Bezirksvertretung Rodenkirchen zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die FDP-Fraktion.

**6.2 Großmarkt Marsdorf
3493/2010**

RM Moritz geht auf die Intension der Bezirksvertretung Lindenthal ein, nämlich die Diskussion um die Standortfrage des Großmarktes neu aufzurollen. Dem solle unter Hinweis auf die bereits seit Jahren geführten Diskussionen und Abstimmungen nicht gefolgt werden. Sie vertrete die Ansicht, dass dieser Standort von allen zur Verfügung stehenden, derjenige sei, von dem die geringste Belästigung für die Anwohner ausgehe. Allerdings halte sie es auch für unakzeptabel, dass die zahlreichen und vor vielen Jahren gefassten Beschlüsse für eine Verkehrsberuhigung in Junkersdorf und Weiden bis heute nicht umgesetzt wurden. Stattdessen seien Teile des Grünzugs zugunsten anderer Vorhaben arrondiert worden. Insofern könne sie die ablehnende Haltung in der Bevölkerung nachvollziehen. Sie appelliere daher mit Nachdruck an die Verwaltung, die zum Teil vor 17 Jahren gefassten Beschlüsse endlich umzusetzen.

RM Sterck vertritt die Ansicht, man dürfe den Willen der Bezirksvertretung nicht einfach ignorieren. Er spreche sich daher für die Alternative des Beschlussvorschlages aus.

Vorsitzender Klipper schlägt vor, die Beschlussfassung bis zur Vorlage des Verkehrsgutachtens zu vertagen. Dann habe man auch eine fundierte Entscheidungsgrundlage. Er fragt an, wann mit der Fertigstellung dieses Gutachtens zu rechnen sei.

Beigeordneter Streitberger antwortet, erste Ergebnisse würden in Kürze erwartet. Das komplette Verkehrsgutachten werde den politischen Gremien voraussichtlich im Juni dieses Jahres vorgestellt.

SE Dr. Soénius gibt zu bedenken, neben der Verkehrsproblematik dürften die Fragen nach der Wirtschaftlichkeit nicht vernachlässigt werden. Die Unternehmen gelängen in naher Zukunft in die Planungsphase und dennoch seien viele Unklarheiten bis heute nicht beseitigt. Es gebe noch nicht einmal ein Flächenrahmenkonzept. Insofern könne er sich ebenfalls dem Alternativvorschlag anschließen. Schließlich gebe es bei der Suche nach einem Alternativstandort auch noch die Möglichkeit, interkommunale Gewerbegebiete auf deren Eignung hin zu untersuchen.

RM Zimmermann plädiert für den Vorschlag des Vorsitzenden Klipper, die Beschlussfassung bis zur Vorlage eines Verkehrsgutachtens zu vertagen. Die Bezirksvertretung möge jedoch gefragt werden, ob sie mit diesem Verfahren einverstanden sei. Die generelle Standortfrage stelle er aber nicht zur Disposition.

Vorsitzender Klipper stellt den Vertagungsantrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss vertagt die Beschlussvorlage bis zur Vorlage eines Verkehrsgutachtens.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.3 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 389 in Köln-Holweide
5192/2010**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat ordnet die Umlegung gemäß § 46 Baugesetzbuch (BauGB) vom 20.07.2004, bekannt gemacht am 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der derzeit gültigen Fassung für das in Anlage 1 dargestellte süd-östliche Teilgebiet des im Rat der Stadt Köln am 24.06.2008 unter TOP 11.2 (Vorlage-Nr. 1852/2008) beschlossenen Bebauungsplanes Nr. 73486/02 (Arbeitstitel: Kaspar-Düppes-Straße in Köln-Holweide) mit dem Umlegungsgebiet Nr. 389 an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

**7.1 182. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Widdersdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
3175/2010**

SE Brock-Mildenberger geht auf seine Ausführungen zur letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses ein. Hintergrund der Planänderung sei die erfolgte Umnutzung im nordwestlichen Bereich durch ein Entsorgungsunternehmen. Die Verwaltung beabsichtige in ihrer Vorlage, diese Nutzungsänderung zu legitimieren. Weder der Rahmenplanungsbeirat noch die Bezirksvertretung Ehrenfeld hätten aber dieser Planänderung in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form zugestimmt; im Gegenteil, sie sei einstimmig abgelehnt- und durch eine geänderte Fassung ersetzt worden. Auch wenn es nicht das Ziel des Stadtentwicklungsausschusses sein sollte, den Wunsch des Entsorgungsunternehmens auf Ausweitung seines Gewerbes zu verhindern, so dürften die Bedenken der vorberatenden Gremien dennoch nicht außer Acht gelassen werden. Als Kompromiss schlage er deshalb vor, den bereits beschlossenen Rahmenplan zugrunde zu legen und den FNP so darzustellen, dass eine Abstufung zwischen störendem- und nichtstörendem Gewerbe erfolgt.

Vorsitzender Klipper kann darin keinen Vorteil erkennen. Auch sei für ihn kein Grund ersichtlich, warum ein schon bestehendes Industriegebiet nicht in der vorgesehenen

Form ausgedehnt werden könne. Schließlich eigne sich das Gebiet hierfür und GI-Flächen würden dringend benötigt.

RM Moritz weist darauf hin, dass sich die beabsichtigte Ausweitung der GI-Flächen nicht nur auf die tatsächlich in Anspruch genommenen Flächen des in Rede stehenden Gewerbebetriebes beschränke, sondern darüber hinausgehe. Aus Gründen der Transparenz und Verlässlichkeit sollten die Festsetzungen des Rahmenplanes eingehalten werden.

SE Dr. Soénius ist der Ansicht, es handele sich um ein klassisches Industriegebiet weswegen er sich deutlich für die beabsichtigte Ausdehnung ausspreche. Ferner gebe es entlang der Widdersdorfer Straße keine Wohnbebauung.

Vorsitzender Klipper stellt klar, heute gehe es lediglich um den Einleitungsbeschluss. Er schlägt vor, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen und bittet darum, die heute geführten Wortbeiträge an die Fachverwaltung weiterzugeben.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) in der Anlage 2 dargestellten Bereich eine Planänderung gemäß § 2 Absatz 4 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten sowie
2. die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB durch öffentlichen Aushang des Planentwurfes (Modell 1) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

9.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Arbeitstitel: Volkhovener Weg in Köln-Heimersdorf hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Chorweiler zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung; Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes 5392/2010

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, den Vorhabenträger aufzufordern, den Bebauungsplan-Entwurf –Arbeitstitel: Volkhovener Weg in Köln-Heimersdorf– unter teilweiser Berücksichtigung der Stellungnahme der Bezirksvertretung Chorweiler zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vom 27.09.2010 (Abendveranstaltung) gemäß der Anlage 6 auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 10.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 68400/04**
Arbeitstitel: "Erweiterung Lindenallee 53" in Köln-Marienburg
3432/2010

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 10.2 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes in Köln-Flittard, Pütz-
lachstraße**
4000/2010

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

- 10.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 77372/02**
Arbeitstitel: Magazinstraße in Köln-Porz-Wahnheide
4238/2010

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 77372/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet östlich der Magazinstraße im Blockinnenbereich (Gärtneriegelände), erschlossen über eine Zufahrt zwischen Magazinstraße 40 a und Hausnummer 42, in Köln-Porz-Wahnheide —Arbeitstitel: "Magazinstraße in Köln-Porz-Wahnheide"— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 64509/02
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Hugo-Junkers-Straße in Köln-Longerich
4334/2010**

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

**10.5 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Hohenstauferstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven
4757/2010**

SE Frenzel hält die Durchführung eines Wettbewerbes für eine sehr lobenswerte Initiative seitens des Investors. Die erzielten Ergebnisse hätten gegenüber früheren Planungen deutlich an Wert gewonnen. Da sich aber abzeichne, dass im Plangebiet keine Kindertagesstätte realisiert werde, halte er das Einbringen einer alternativen sozialen Komponente für wichtig, um die Akzeptanz im Stadtbezirk zu erhöhen. Daher schlage er vor, den dritten (von Norden aus gesehen) Riegel der an der Hohenstauferstraße gelegenen Gebäude durch ein Gebäude für Mehrgenerationenwohnen zu ersetzen. Neben der sozialen Komponente, wäre dies auch städtebaulich attraktiver und würde den Lärmschutz erhöhen. Der Investor hätte hierdurch keine Nachteile; auch sei der Vertrauensschutz gewährleistet, weil er nach wie vor seine 58 Einfamilienhäuser verwirklichen könne.

RM Moritz weist darauf hin, dass es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handle und der Vorhabenträger eine Einfamilienhaus-Siedlung errichten möchte. Die eben vorgeschlagene Umplanung hätte zur Folge, dass der Investor das in Rede stehende Grundstück veräußern müsste. Auch wenn sie die Idee als gut erachte, so bezweifle sie, diese auch durchsetzen zu können. Insgesamt begrüße sie das Bauvorhaben an diesem Ort, weil es sich positiv auf die Nachbarschaft zu Finkenberg auswirken werde.

Beigeordneter Streitberger erklärt sich einverstanden, mit dem Investor im Sinne des Vorschlages des Herrn Frenzel in Verhandlung zu treten. Die Erfolgsaussicht sei aber zweifelhaft, weil der Bauherr mit hochrationalisierten Wohngebäuden arbeite und er Schwierigkeiten haben werde, individuelle Änderungen umzusetzen. Zudem sei der Vorhabenträger nicht Eigentümer des Grundstücks und er werde sein Vorhaben wahrscheinlich nur dann realisieren, wenn er dies uneingeschränkt tun könne.

Vorsitzender Klipper ist der Ansicht, solche Vorgaben hätte man früher an den Bauherren herantragen müssen. Nunmehr gehe es um „Verlässlichkeit“. Er stelle daher die Vorlage in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form zur Abstimmung. Parallel hierzu werde die Verwaltung gebeten, mit dem Investor entsprechende Gespräche zu führen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt die Ergebnisse eines für das zwischen der Cimbernstraße im Norden, der Steinstraße im Osten und der Hohenstufenstraße im Süden und Westen in Köln-Porz-Gremberghoven gelegenen Gebietes (Anlage 1) durchgeführten kompakten Gutachterverfahrens zur Kenntnis (Anlagen 2 - 8);
2. empfiehlt der Verwaltung, den Investor zu beauftragen, das Konzept, das den ersten Rang zuerkannt bekommen hat (Anlage 3), entsprechend den Hinweisen des Preisgerichtes überarbeiten zu lassen;
3. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) für das zwischen der Cimbernstraße im Norden, der Steinstraße im Osten und der Hohenstufenstraße im Süden und Westen in Köln-Porz-Gremberghoven gelegene Gebiet ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) – Arbeitstitel: Hohenstufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven – einzuleiten mit dem Ziel, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Wohnungsbau, einer Kindertagesstätte sowie eines Regenrückhaltebeckens zu schaffen
4. und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB auf der Grundlage des überarbeiteten Entwurfskonzeptes (siehe 2) nach Modell 2 (Versammlung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 71470/09
Arbeitstitel: Ackerstraße in Köln-Buchheim
5132/2010**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf 71470/09 für das Gebiet zwischen Ackerstraße, Dellbrücker Straße, Hermann-Kunz-Straße, Kniprodestraße, Herler Straße in Köln-Buchheim —Arbeitstitel: Ackerstraße in Köln-Buchheim— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.7 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Hyazinthenweg in Köln-Dellbrück
5459/2010

SE Weisenstein fragt, ob die Anzahl der neu zu errichtenden Wohnungen denen des Altbestandes entsprächen. Ferner möchte er wissen, ob studentisches Wohnen vorgesehen sei.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) sagt zu, die Antwort zur Anzahl der bestehenden Wohnungen dem Protokoll beizufügen. Studentisches Wohnen könne sie sich gegebenenfalls für den östlichen Bereich vorstellen, da hier öffentlich geförderter Geschosswohnungsbau verwirklicht werden soll. Sie werde die Anregung an den Investor übermitteln.

Anmerkung des Protokolls: Die gestellten Nachfragen wurden schriftlich zur Sitzung am 31.03.2011 unter TOP 1.2 beantwortet.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.8 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Kieskaulerweg in Köln-Merheim
0212/2011

Vorsitzender Klipper bittet darum, an der Straßenkreuzung Kieskaulerweg/Kratzweg einen Kreisverkehr zu realisieren, da den Bussen wegen des Wegfalls der Wendeschleife eine Alternative eingeräumt werden müsse.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Kalk.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 58457/02
Arbeitstitel: "Odemshof" in Köln-Lövenich
4154/2010**

RM Moritz berichtet über das Ergebnis des durchgeführten Ortstermins, wonach beschlossen worden sei, das Vorhaben weiter östlich der Kölner Straße zu verschieben. Grund hierfür sei gewesen, die Birkenallee erhalten zu wollen sowie die Blickbeziehungen zu dem historischen Hof zu sichern. In den nun vorliegenden Planunterlagen gebe es ihrer Ansicht nach einige Diskrepanzen und deshalb habe sie folgende Nachfragen:

- Bleibt die Birkenallee erhalten?
- Ist eine Dachbegrünung vorgesehen?
- Wie viele Parkplätze sollen errichtet werden?

Ferner regt sie an, bei der Gestaltung des Supermarktes ortstypische Elemente aufzunehmen, um dem besonderen Ortsbild Rechnung zu tragen.

RM Zimmermann fragt nach, ob das Vorhaben dem in der Beratung befindlichen Einzelhandels- und Zentrenkonzept entspreche.

SE Müller gibt bekannt, zur Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 28.02.11 werde ein gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion DIE LINKE eingebracht, welcher auf eine deutlich kleinere Konzeption des Supermarktes mit einer erheblichen Reduzierung der Stellplätze abstelle.

Vorsitzender Klipper äußert die Befürchtung, dass die Firma Rewe dann von ihrem Vorhaben Abstand nehmen könnte. Von der Verwaltung möchte er wissen, ob die Anregungen aus der ersten Diskussionsrunde in der aktuellen Vorlage aufgegriffen worden seien.

Herr von Wolff (stellv. Leiter Stadtplanungsamt) geht zunächst auf die gestellten Fragen von Frau Moritz und Herrn Zimmermann ein. Grünbestandteile seien im Bebauungsplan nicht dargestellt. Die Verwaltung habe in ihren Verhandlungen mit dem Vorhabenträger aber großen Wert darauf gelegt, dass die angesprochene Allee als „historischer Weg“ deutlich erkennbar bleibe. Die Dachbegrünung sei im Plan fälschlicherweise nicht aufgenommen worden. Dies müsse korrigiert werden. Die Anzahl der Parkplätze sei auf 85 reduziert worden. Im Einzelhandelskonzept seien allerdings nur 40 Stellplätze vorgesehen. Insofern widerspreche das Vorhaben in diesem Punkt vorgenanntem Konzept. Er halte es aber für diskussionswürdig zu hinterfragen, ob diese Anzahl ausreichend sei. Die von Herrn Klipper angesprochenen Anregungen seien insoweit aufgenommen worden, als dass der Standort des Supermarktes mit dem des Parkplatzes getauscht worden sei. Die gewünschte Neudisponierung der Tankstelle indes sei nicht Bestandteil des jetzigen Bebauungsplanverfahrens.

SE Beste regt an, den Gestaltungsbeirat einzubeziehen.

Seniorenvertreter Baatz bittet die Verwaltung auf den Investor einzuwirken, generationenübergreifendes Einkaufen zu ermöglichen.

Herr von Wolff erwidert, er gehe davon aus, dass dies bereits vorgesehen sei, weil die Fa. Rewe diesbezüglich auf dem neuesten Stand plane. Zur letztendlichen Gestaltung des Supermarktes könne er voraussichtlich erst nach Satzungsbeschluss detailliert Auskunft geben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Klipper den Verweissungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Lindenthal.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.10 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 64424/03
Arbeitstitel: Elzstraße in Köln-Sülz
5397/2010**

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

**13.1 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg" in Köln-Marienburg
3361/2010**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB für das Gebiet zwischen Schillingsrotter Weg und Militärringstraße —Arbeitstitel: "1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg" in Köln-Marienburg— einzuleiten;

2. den Änderungsentwurf mit gestalterischen Festsetzungen nach § 3 Absatz 2 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13.2 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die 3. Änderung des Bebauungsplanes 58480/03 im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB) Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 3. Änderung "Erste Planungsstufe" 5313/2010

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes 58480/03 im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB) gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 BauGB für verschiedene Teilbereiche im Gesamtgebiet Widdersdorf Süd entsprechend Anlage 1 –Arbeitstitel Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 3. Änderung "Erste Planungsstufe"– einzuleiten und nach § 3 Absatz 2 BauGB mit der als Anlage 2 beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13.3 Beschluss über die Einleitung betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 61520/02 Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch, 1. Änderung 0407/2011

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Chorweiler.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

**14.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 3011 a -ohne Arbeitstitel- und Teilaufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 121 -Arbeitstitel: "Kölner Stadterweiterung"-
- Einleitungsbeschlüsse -
2923/2009**

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

15 Sonstige Satzungen

15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ehrenfeld Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld 0071/2011

SE Dr. Soénius erinnert an seine Ausführungen zur letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, wonach er angeregt habe, einen Grundsatzbeschluss der Gemeinde Overath anzufordern, welcher sich mit der Zulässigkeit der Ansiedlung von Spielhallenbetrieben in bestimmten Gebieten befasse.

Vorsitzender Klipper schlägt vor, die Verwaltung möge diesen Beschluss mit einer Bewertung als Mitteilung in den Stadtentwicklungsausschuss einbringen.

Frau Müller (Leiterin Stadtplanungsamt) erläutert, sie habe eine solche Anfrage im Städtetag eingebracht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Klipper die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.

Anmerkung des Protokolls: Über einen möglichen Wiedervorlageverzicht wurde nicht abgestimmt.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

16.1 Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 23.09.2010 zur Umgestaltung des Maternuskirchplatzes in Köln-Neustadt/Süd 0100/2011

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, dass der Maternuskirchplatz entgegen dem Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 23.09.2010 nicht kurzfristig umgestaltet werden soll. Stattdessen soll die Verwaltung einen Entwurf auf der Grundlage des Entwurfs des Studenten René Böhmer ausarbeiten, die Kosten ermitteln und diese für den Haushalt 2012 anmelden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17 Mitteilungen

17.1 Förderung von Mietwohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010 und Ausblick auf 2011 Förderergebnis Mietwohnungen 0055/2011

Vorsitzender Klipper ruft die Tagesordnungspunkte zu 17.1, 17.2 und 17.5 wegen des bestehenden Sachzusammenhangs gemeinsam auf. Anschließend folgt eine rege Diskussion zu dieser Thematik. Es besteht Konsens, dass die vorgenommen Kürzungen der Landeszuschüsse von den Mitgliedern scharf kritisiert wird.

17.2 Förderung selbstgenutzten Wohneigentums mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010 und Ausblick auf 2011 0159/2011

Der Tagesordnungspunkt wurde in Sachzusammenhang mit TOP 17.1 behandelt.

17.3 Penny-Markt Aachener Str. 1153-1161 0257/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.4 Städtebauliches Planungskonzept "Hertzstraße" in Köln-Porz hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und weiteres Vorgehen 0275/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.5 Sachstandsmitteilung zur Umsetzung des Handlungskonzeptes Preiswerter Wohnungsbau 0396/2011

Der Tagesordnungspunkt wurde in Sachzusammenhang mit TOP 17.1 behandelt.

17.6 Bericht Stadtraummanagement 2010 0088/2011

Vorsitzender Klipper bittet darum, diesen Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung zu vertagen.

17.7 Umgestaltung Bahnhofsvorplatz Mülheim in Köln-Mülheim im Rahmen des "Integrierten Handlungskonzeptes MÜLHEIM 2020" 0520/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.8 Neue Koordinatorin für Geschäftszentrenförderung und Initiativenmanagement im Amt für Stadtentwicklung und Statistik 0549/2011

Frau Klocke stellt sich vor und beschreibt ihr Aufgabengebiet.

17.9 Beantwortung einer Nachfrage bezüglich der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln AN/2014/2010 betreffend "Stand MÜLHEIM 2020" Vorlage Nr. 4702/2010 0503/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

18 Mündliche Anfragen

18.1 – Sachstand Spielplatz Butzweiler Hof

SE Weisenstein berichtet von einem Anschreiben der Initiative „Butzweiler Hof“, worin diese sich beschwere, dass der zugesagte Spielplatz immer noch nicht verwirklicht worden sei. Von der Verwaltung möchte es daher wissen, wann mit der Realisierung zu rechnen sei.

Herr von Wolff (stellv. Leiter Stadtplanungsamt) erläutert, es habe Uneinigkeit bei der Standortfrage bestanden. Die Verwaltung habe vorgeschlagen, den Spielplatz auf der Wiesenfläche inmitten der „alten belgischen Siedlung“ zu platzieren. Er gehe davon aus, dass in Kürze eine Einigung mit dem Standortentwickler, der SKI, erzielt werde.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Vorsitzender Klipper schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Karl-Jürgen Klipper
(Ausschussvorsitzender)

Marianne Michels
(Schriftführerin)